

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/104: 24.07.1958 – 04.01.1960

24.07.1958

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.08.1958

DDR: Die SED ordnet am 1. August 1958 weitere Enteignungen von Privatvermögen an. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen. ...<<

16.11.1958

Berlin: Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wird am 16. November 1958 durchgeführt.

Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergibt diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer. Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführten Parteien wird danach noch ungünstiger (x009/466).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Wahlen" in der SBZ (x009/472-473): >>In der SBZ wie in allen totalitären Staaten haben Wahlen nicht den Zweck, die Richtung der Politik zu bestimmen, es sollen vielmehr die schon vorher als "gewählt feststehenden Kandidaten" bestätigt werden, die dem Regime als am besten geeignet erscheinen, die Generallinie der Partei durchzusetzen.

Infolgedessen haben Wahlen lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen Wahlen, die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur eine Einheitsliste der "Kandidaten der Nationalen Front", so daß die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. ...

Wahlen sollen nach Art. 51 und 109 der Verfassung in allgemeinen, gleichen, geheimen und

direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der DDR, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

... Die letzte in der SBZ durchgeführte Wahl vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschließlich der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener Wahlbetrug. Wahlkabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. ... Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch Wahlterror aus. Es wurde lange vorher eine "spontane Volksbewegung" für die offene Stimmabgabe inszeniert.

Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mußten durch Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer Wahlbetrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmenauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt.

Wahlen in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsbruch gleich; jedes Wahlergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht maßgebend. Was für die allgemeinen Wahlen zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die Wahlen zu den Vorständen der Organisationen zu.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 gegründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.

Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermittlungsverfahren.<<

1958

BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über das "deutsche Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik Deutschland (x182/9-16): >>... Gibt es Anlaß, auf die Wirtschaftswunderjahre stolz zu sein? Waren sie wirklich nur ein materialistischer Alptraum, ausgefüllt mit purer Gier nach den trivialsten Dingen des Lebens und völliger Vernachlässigung der höheren Werte? ...

... Heute mutet vieles verrückt an, auch schreit die damalige Naivität zum Himmel. Das ist

übrigens ein bemerkenswertes Stichwort für das Verständnis jener Zeit. Kein Zweifel, die Deutschen der Wirtschaftswunderjahre waren in einem gewissen Sinne naiv, ihre Freude an einem neuen Fahrrad, dem ersten Stück Möbel oder einer Neubauwohnung war geradezu kindlich. Auch der unkritische Fortschrittsglaube jener Jahre trug Züge des Naiven.

Kein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht von erstaunlichen Leistungen der Wissenschaft und Technik berichteten. Wasserkraftwerke bauen, Stauseen errichten, die Atomkerne für den Küchenherd zähmen, die Sahara bewässern, Eisberge abschmelzen, in Sibirien und Alaska Orangen anbauen, in solchen Spekulationen erging sich der Fortschrittsglaube. Dem Menschen und seiner Wissenschaft war alles zuzutrauen; es war fast damit zu rechnen, daß wir eines Tages aufhören würden zu sterben.

Diese optimistische Haltung wurde nicht etwa von oben befohlen oder gar mit Mitteln der geheimen Verführung zur Ablenkung von Not und sozialer Ungerechtigkeit lanciert, sie entsprach einer verbreiteten Zeitstimmung. Die Menschen wollten positive Berichte über Wohlstand, besseres Leben und die unbegrenzten Möglichkeiten der Zukunft. So wie heute paßten sich die Medien diesen Wünschen an und meldeten den Fortschritt.

Ebensowenig wie wir heute erklären können, warum der Zeitgeist heute offenbar eine wachsende Sehnsucht nach Katastrophenmeldungen, Weltuntergangsvisionen und pessimistischen Aussichten verspürt, so läßt sich die entgegengesetzte Stimmung, die sich in positiven Meldungen über Produktionsrekorde, Neubauvorhaben, Versorgungsverbesserungen, Erfindungen und Entdeckungen erging, rational schwer erfassen. Der Souverän namens Zeitgeist hat da seine Geheimnisse; er überrascht uns einmal mit wilder Ausgelassenheit, um dann wieder in allgemeiner Traurigkeit zu versinken.

Es wäre überheblich, die damalige Stimmung als eine Art materiellen Wahn abzuwerten, gleichzeitig aber zu behaupten, daß wir heute, aufgeklärt und vernünftig wie wir sind, den realen Zustand der Welt bedauern. Wahrscheinlich liegt die Realität in der Mitte. Der Kulturpessimismus heutiger Tage erscheint als Spiegelbild des unkritischen Optimismus von damals. Wir haben es mit extremen Pendelausschlägen der gleichen Welt zu tun, einmal mit Pluszeichen und einmal mit Minus. Der Wahn, wenn man es schon so benennen will, ist der gleiche.

...

Der unkritische Optimismus, der die fünfziger Jahre beherrschte, erklärt übrigens auch die schwärmerische Bewunderung für die USA, die für jene Zeit typisch war. Jenseits des Teiches war die Zukunft, die in Europa erst in den Zeitungen angekündigt wurde, schon ein Stück Gegenwart. In den Vereinigten Staaten kam alles 10 Jahre früher, eine Zeitdifferenz übrigens, die noch heute zu spüren ist.

Das Auf und Ab des deutsch-amerikanischen Gefühlspegels zeigt übrigens, wie sehr die Zuneigung der Völker von materiellen Werten abhängt. Die Deutschen hatten sich – darin den übrigen Europäern nicht nachstehend – viele Jahre eine überhebliche Geringschätzung des ungebärdigen, kraftvollen, aber als unkultiviert geltenden Amerikaners geleistet. Man lächelte gern über die Amerikaner, und das nicht nur während des Dritten Reiches, sondern auch schon in den zwanziger Jahren und in der Kaiserzeit.

Der "reiche Onkel aus Amerika" war das einzig Positive, das viele Jahrzehnte von West nach Ost über den Atlantik kam. Bemerkenswert ist, daß den Russen ähnliches widerfuhr, mit dem Unterschied, daß die Nix-Kultura-Mentalität in Mitteleuropa noch etwas länger anhielt als das Yankee-Syndrom. Heute beherrschen diese als primitiv eingestuften Völker die Welt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges brach in Deutschland die Fassade "gebildeter" Überlegenheit gegenüber den USA zusammen.

Der einfache Grund: In Amerika herrschte Wohlstand. Care-Pakete, Kaffee und Amizigaretten schlugen den geistigen Hochmut. Die Zuneigung ging nach Brot. In neuerer Zeit gibt es dafür Parallelen. Die Sympathie, die vielen Bürgern der Bundesrepublik bei Besuchen in osteuro-

päischen Ländern entgegenschlägt, kommt aus der gleichen Quelle wie die Bewunderung Nordamerikas in den fünfziger Jahren. Damals war es der gute Dollar, heute ist es die Mark. Zur Naivität jener Zeit gehörte wohl auch, daß beträchtliche soziale Unterschiede geduldig hingenommen wurden. Die Leiden am Wohlstand der anderen war noch nicht zur chronischen Krankheit geworden. ...

Das Wohlstandsgefälle der Wirtschaftswunderzeit war für heutige Begriffe erschreckend. Schlimmer noch, es verbarg sich nicht einmal, sondern zeigte sich überall in – heute würden wir sagen – unverfrorenster Weise.

Ich gehörte mit zu den Habenichtsen, kann aber nicht sagen, daß ich sehr darunter gelitten habe, wenn andere schon Autos besaßen, an die Riviera fuhren, schöne Kleider trugen und Häuser bauten. Warum wir damals die Unterschiede so geduldig ertrugen, ist ein weites Feld für die Psychologie. Möglicherweise waren da instinktive Überlebensmechanismen am Werk, die uns vor Ansteckung und Vergiftung durch den Neidkomplex bewahrten.

Die Deutschen saßen im Wattenmeer auf dem Trockenen und erwarteten mit Gewißheit die Wohlstandsflut. Zum einen würde sie eher kommen, zum anderen später, aber ausbleiben würde sie nicht. Wer keine Geduld hatte, ging dem Wohlstand entgegen, er wanderte aus.

Um die Aufbruchstimmung der fünfziger Jahre zu begreifen, kommen wir ohne eine Betrachtung der ersten Hälfte dieses Jahrhundert nicht aus. Es war ja nicht nur der Zweite Weltkrieg mit seinem katastrophalen Ende, der den Erwartungshorizont der Menschen auf Null reduziert hatte.

Auch die 40 Jahre davor hatten es in sich, das ganze halbe Jahrhundert war in der Rückschau ... ein einziger Vulkanausbruch im alten Europa. 1907 eine Wirtschaftskrise mit erheblichen Mangelerscheinungen; es gab kein Fleisch für die Arbeiter. Danach der Erste Weltkrieg, in dem die Deutschen mehr hungerten als im Zweiten Weltkrieg. Ihm folgte die Inflationszeit der zwanziger Jahre mit persönlichen Katastrophen für Millionen Menschen. Eine kurze Phase der Stabilität von 1926 bis 1928 ging der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit voraus. Die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung in der Mitte der dreißiger Jahre ging im Elend des Zweiten Weltkrieges unter.

Keine Frage, die Deutschen waren mit wirtschaftlicher Not verwandt und verschwägert. In der Schule lernten sie seit altersher Gedichte wie "Wer nie sein Brot mit Tränen aß ...", und über ihren Betten hingen Sinnsprüche wie dieser: "Lerne leiden, ohne zu klagen!"

Über diese Menschen kam, als sie glaubten, auf dem äußersten Tiefpunkt angekommen zu sein, das Wirtschaftswunder. Sie fühlten sich wie jemand, der aus sibirischer Kälte in einen Raum mit null Grad kommt. Er muß glauben, der Frühling sei ausgebrochen. Auch das ein gravierender Unterschied zur Gegenwart. Heute kommen wir alle aus der Wärme und empfinden eine geringe Abkühlung schon als unerträglich.

Von den Fakten her betrachtet war die wirtschaftliche Entwicklung gar nicht so wunderbar. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Löhne waren niedrig, die Wohnraumversorgung katastrophal, das soziale Netz sehr unvollkommen. Der allgemeine Wohlstand lag weit unter dem heutigen Niveau.

Trotzdem war das Wirtschaftswunder keine Erfindung von oben, keine Wahlwerbung oder der Versuch, leidende Menschen mit Luftschlössern zu täuschen. Nein, die meisten hielten die Entwicklung tatsächlich für wunderbar. Nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts mußten sie mit dem Schlimmsten rechnen, denn eigentlich sah es 1945 noch schlechter aus als 1918. Die Niederlage war totaler als die nach dem Ersten Weltkrieg; Städte und Industrie waren von Bomben zerstört, das Land zerstückelt und unter fremder Besatzung, es war isoliert und verfehmt.

Daß sich unter diesen deprimierenden Bedingungen die wirtschaftliche Lage besser entwickelte als nach dem Ersten Weltkrieg, mußte in der Tat für ein Wunder gehalten werden. Heute

wissen wir, daß die Tiefe des Falls Bedingung war für die Größe des Aufstiegs.

Die außenpolitische Isolierung in der die Bundesrepublik lebte, hat die Wirtschaftswundermentalität mitgeprägt. Die häßlichen Deutschen, mit denen im Ausland niemand etwas zu tun haben wollte, verkrochen sich hinter ihre Grenzen und stürzten sich auf das, was ihnen noch geblieben war: die Wirtschaft.

Die Rundfunksender ergingen sich in Nachrichten über die wöchentlich geförderte Kohlenmenge; Fabrikeinweihungen, Stapelläufe und Exportaufträge waren Schlagzeilen wert. Produktionssteigerungen wurden gefeiert wie im Kriege die Erfolge an den Fronten; die monatlichen Exportzahlen erwartete die Nation damals wie heute die Lottozahlen.

Womit sollten die Deutschen sich sonst beschäftigen? Niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben. Die meisten Ausländer wuschen sich die Hände, wenn sie einen Deutschen berührt hatten. Wer sich vergegenwärtigt, welche Mühe es bereitet hat, auf dem vergleichsweise harmlosen Gebiet des Sports wieder Kontakt zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn auf die Beine zu stellen, wird das Ausmaß der Isolierung begreifen. Den Deutschen blieb nichts anderes übrig als die Wirtschaft. ...

Ein weiterer Grund für die Flucht ins Nur-Wirtschaftliche wird häufig übersehen: Viele der sogenannten höheren Werte – Freiheit, Vaterland, Ehre, Treue, Glauben – hatten in ihrer pervertierten Ausprägung gerade auf furchtbare Weise Schiffbruch erlitten. Die Antwort der Betroffenen war eine natürliche Skepsis gegenüber allen sogenannten Idealen, eine Antwort, die die Menschen so nüchtern materialistisch erscheinen ließ.

Eines fand in der Wirtschaftswunderzeit sicherlich nicht ausreichend statt, die Bewältigung der Vergangenheit. Die Vermutung, die Deutschen seien vor ihrer Vergangenheit ins Wirtschaftswunder geflohen, wollten das schlechte Gewissen mit Wirtschaftserfolgen betäuben, ist nicht ganz unbegründet. Das galt zunächst für die Deutschen als Gesamtheit.

Während andere Völker, etwa Italien, rechtzeitig aus dem Kriege ausgeschieden waren und sich die Illusion eines "befreiten" Landes leisten konnten, fühlten sich die Deutschen nie befreit, sondern immer nur besiegt. Die Sieger taten in den Anfangsjahren auch wenig, um sie von dieser Einstellung abzubringen. Morgenthauplan und Demontage zeigte den Deutschen, was man mit ihnen vorhatte.

"Befreite" Völker können den Vorwurf, die Gewaltherrscher, unter denen sie gelebt haben, hätten Schreckliches begangen, mühelos akzeptieren, ja, sie werden sich selbst als Opfer dieser Gewalt verstehen. Ein Nur-Besiegter ist dazu nicht in der Lage.

Die Sieger haben es den Deutschen schwermacht, sich von ihren Schreckensführern zu distanzieren. Mit ihrer These von der kollektiven Schuld ließen sie ihnen keinen Ausweg. Die meisten haben es den Siegern einfach nicht geglaubt, sie haben die Bilder von Bergen-Belsen und Auschwitz für gestellte Fotos gehalten, für eine Fortsetzung der Kriegspropaganda gegen den Besiegten.

Hinzu kommt der natürliche Instinkt, der vor zu großen Schreckensbildern die Augen verschließt. Schon bei einem einfachen Verkehrsunfall wenden sich die meisten Passanten ab, wenn Blut fließt. Was will man da anlässlich des größten "Verkehrsunfalls" der deutschen Geschichte erwarten?

Psychologisch betrachtet wären die Deutschen keine Menschen, sondern seelenlose Monster, wenn sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg so verhalten hätten, wie es der Rest der Welt und viele Nachkrieggeborene offenbar erwarteten. Die Verdrängung war normal, eine Überlebensmedizin.

Verdrängung der Vergangenheit ins Wirtschaftliche darf keineswegs immer nur mit Auschwitz und ähnlichen Schreckenssymbolen gekoppelt werden. Sie fand im persönlichen Bereich auf ganz harmlose Weise statt. Wer wollte es einem Dreißigjährigen, der seine Jugend im Uniformrock und anschließend in Gefangenschaft verbracht hatte, verübeln, wenn er nur noch

friedlich arbeiten, eine Existenz aufbauen, vielleicht ein Haus errichten wollte.

Das beschauliche Wirtschaftliche war das Gegenstück zum Materialistischen, das bis dahin die Zeit beherrscht hatte. Man mußte nicht unbedingt schuldig geworden sein, um den Wunsch zu verspüren, in die Idylle von Eigenheimbau und Schrebergarten heimzukehren. Übrigens waren die Deutschen ja nicht nur Täter, sondern auch Opfer der Schreckensjahre. Auch als Opfer verdrängten sie ihre Erlebnisse mit der Flucht ins Wirtschaftswunder.

Es war schon ein Segen, daß das Trauma der Bombennächte, der Flucht und der Vergewaltigungen sich in harter Arbeit am eigenen Häuschen auflösen ließ.

Zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der fünfziger Jahre gehört die Umwandlung der Wirtschaft von einem Verkäufer- zum Käufermarkt. ... Bis dahin waren es die Verbraucher gewohnt, vor den Läden in langen Schlangen geduldig zu warten, um das Nötigste gerade noch zu bekommen. Nicht die Wartenden vor der Tür, sondern die Ladenbesitzer waren die heimlichen Herrscher im Dorf oder Städtchen, auf ihre gute Laune und Freundlichkeit war man angewiesen.

Man harpte geduldig aus, bis sie aus dem Mittagsschlaf erwachten und geruhten, den Laden zu öffnen. Glückliche, wer mit ihnen verwandt oder gut bekannt war, um über "Beziehungen" eine bessere Versorgung zu erhalten.

Das änderte sich Anfang der fünfziger Jahre radikal. Der Verbraucher, nun Besitzer wertvollen Geldes, wurde umworben, ihn behandelte man freundlich und zuvorkommend. In den Dörfern und Kleinstädten zog der Geschäftsmann zuerst den Hut, wenn er einem Kunden auf der Straße begegnete.

Die in den fünfziger Jahren zurückgewonnene Konsumfreiheit des Verbrauchers wird heute kaum noch als Wert gewürdigt. ... Wie deprimierend es ist, in einem Wirtschaftssystem zu leben, in dem nicht der Kunde, sondern der Mann hinter dem Ladentisch, der staatlich angestellte Warenverteiler, den Mittelpunkt darstellt, können westliche Besucher bei ihren Reisen in osteuropäische Länder gründlich studieren.

Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat. Möglicherweise ist der Verlust dieser Naivität die entscheidende Veränderung der Nach-Wirtschaftswunder-Jahre. Heute kommen viele schon mit diesem Naivitätsverlust auf die Welt, haben damit auch die Fähigkeit eingebüßt, über eine so simple Geschichte wie den Erwerb eines neuen Fahrrades ein halbes Stündchen glücklich zu sein.

Die eigentliche Bewährungsprobe für unsere naivitätslose Zeit wird kommen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen so verschlechtern, daß wir jenen Verhältnissen nahe kommen, die damals als "Wirtschaftswunder" gefeiert wurden. Vielleicht brauchen wir dann zum Überleben eine neue Illusion, eine neue Naivität. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.

Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

25.11.1958

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 25. November 1958 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198-199): >>... Es wird weiter gefoltert; Dörfer werden zerstört, Hinrichtungen werden ohne Gerichtsverhandlung vollstreckt; Menschen verschwinden mit unbekanntem Schicksal. Die Jugend Frankreichs läuft Gefahr zu verderben, wenn sie an Handlungen beteiligt wird, die der Moral widersprechen.<<

China: Die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") löst ab 1958 große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer des Maoismus der 50er Jahre (x075/-232-233): >>... Zu Beginn der fünfziger Jahre fallen der Säuberung Hunderttausende, ja, Millionen von Menschen zum Opfer. Zu den Hingerichteten kommt eine noch viel größere Zahl von Menschen, die durch Arbeit zur Reform verdammt werden, wobei die Lager mit Hunger, Elend und Mißhandlung im Gefolge eine bedeutende Rolle in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielen.

Von 1955 an wird "der große Sprung nach vorn" von einer Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre" begleitet und führt vor allem aufgrund der absurden Verkennung wirtschaftlicher und industrieller Funktionsmechanismen zu einer Katastrophe in der Landwirtschaft.

Es scheint durchaus zulässig, die Zahl der Menschen, die während dieses "großen Sprungs" keines natürlichen Todes gestorben sind, auf 16, ja, 30 Millionen zu schätzen.

In den Jahren 1957/58 fallen die nicht die harte Linie befolgenden Kader einer Säuberung zum Opfer; die sporadischen Revolten nationaler Minderheiten werden niedergeschlagen. Dabei schien sich im Frühjahr 1957 eine Lockerung abzuzeichnen:

Die kurze Zeit der "Hundert Blumen" bringt eine Welle der Kritik hervor, aber diejenigen, die den Mund aufmachen oder der Kritik wohlwollend gegenüberstehen, werden bald darauf bestraft. Hunderttausende von "Rechtsabweichlern" werden in Arbeitslager geschickt. ...<<

1959

Mein unerschütterlicher Glaube an die Dummheit des Tieres Mensch hat mich nie enttäuscht ...
--

<i>Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799, deutscher Philosoph und Dichter)</i>

10.01.1959

UdSSR: Die Sowjetunion übergibt der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen hatten, am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages.

19.01.1959

BRD: Das BdV-Präsidium lehnt den sowjetischen Friedensvertrag am 19. Januar 1959 ab (x155/66): >>... 14 Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen soll die Vertreibung von 15 Millionen Menschen durch unsere Unterschrift legalisiert werden. Deutsches Gebiet soll für die Dauer dem deutschen Volk entrissen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen Deutschen und Polen und Deutschen und Tschechen geschaffen werden.

Das Ziel der sowjetischen Europapolitik ist ein an die Sowjetunion angekettetes Osteuropa und der weitere Vormarsch des Bolschewismus in die freie Welt durch die Tür einer deutschen "Konföderation". ...<<

07.03.1959

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen.

Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!

... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.

...

Schicksalsgefährten!

In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. Mit Hilfe Eurer Organisationen habt Ihr wieder festen Fuß gefaßt. Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.

Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.

Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. Wir müssen dem grimmigen Ernst der Stunde fest ins Auge sehen. Mehr als die Zukunft unserer Heimat steht auf dem Spiele. In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands

und um die Zukunft Europas gerungen werden.

... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.

... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulantanten werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.

... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.

Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht.

Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!"

So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Atheismus" in der SBZ (x009/41-42): >>Nach der kommunistischen Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten.

"Die Religion ist das Opium des Volkes" - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbreitung und der Umnebelung der Arbeiterklasse dienen." Dieser Ausspruch von Lenin ("Das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion") ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten.

Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe. An Stelle einer "religiösen Vorstellung" setzt der Kommunismus ein pseudo-religiöses Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind und dessen "Kirche" der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteiausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam.

Auch wenn sich bestimmte Perioden der "Duldsamkeit" gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.

... Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer "Verstaatlichung" der religiösen Körperschaften.

Seit 1952 richtet sich der Angriff in der SBZ nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten.

Daß im kommunistischen Plan eine Auslöschung beider großen Kirchen enthalten ist, zeigen u.a. die Gewaltakte gegen die Zeugen Jehovas im Jahre 1951.

In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.

"Ist das etwa Erziehung zum selbständigen Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von einem überirdischen Wesen geschaffen worden seien? (Ulbricht zur Jugendweihe, Sommer 1957).

1959 erschien erstmalig unter dem Titel "Vom Jenseits zum Diesseits" der I. Band eines "Wegweisers zum Atheismus" ... Darin heißt es in dem Kapitel "Arbeiterpartei und Religion" eindeutig: "Die Partei erklärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat. Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache."

Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchenaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: "Die Erkenntnis, daß die Lehre der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muß bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur Ablehnung der religiösen Anschauung führen".

Zur gleichen Zeit erschien in Moskau ein "Vademecum des Atheisten" unter dem Titel "Sputnik Ateista". Darin heißt es u.a.:

"Zur Aufgabe des Kommunismus gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubigen, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden." ...<<

25.03.1959

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 25. März 1959 während einer Pressekonferenz zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/143): >>... Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt, und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Frieden und Freiheit zu integrieren. ...<<

20.04.1959

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius beschwert sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die antichristliche Jugenderziehung in der SBZ (x009/200-201): >>... Es besteht kein Zweifel, daß die FDJ ihre Aufgabe, die Politisierung der jungen Generation im Sinn der bolschewistischen Führung zu erzielen, nicht erfüllt hat. ...

Weit effektiver ist hingegen eine Reihe andersartiger Maßnahmen. Hierzu gehört einmal die atheistische Agitation, die die Jugend der Kirche und den christlichen Traditionsgütern fast völlig entfremdet hat. In den letzten Jahren nahmen 80 bis 90 % der 14jährigen an der staatlichen Jugendweihe teil - womit sich nach Auffassung des Rats der EKD eine Konfirmation nicht verträgt. Noch eklatanter ist der Rückgang der Taufen, obwohl hier der Druck des Regimes geringer ist. Das läßt den Schluß zu, daß das Gros der Eltern der in den letzten Jahren

geborenen Säuglinge - meist im Alter von 18 und 30 Jahren - kein Verhältnis mehr zur evangelischen Kirche und ihrem Ritual hat. ...

Das Gros dieser Jugend hat keinen Vergleich zu anderen Lebensstilen; die Orientierung am Kollektiv, die Vorstellung, daß der Staat die Aufgabe hat, dem einzelnen Fürsorge und soziale Sicherheit zu gewähren, und das Sich-Vorfinden in einem dirigistischen System ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Entfremdung gegenüber der gleichaltrigen Jugend in der Bundesrepublik und dem westlichen Lebensstil reicht tief. ...

Die jungen Leute der SBZ sind ängstlich darauf bedacht, sich in ihrer Freizeit nicht von Staat, Partei und Organisationen hineinreden zu lassen. Vor allem der Mangel an Möglichkeiten, in den Westen zu reisen, trägt zur Protesthaltung bei. Die unter 25jährigen, die knapp 36 % der SBZ-Bevölkerung ausmachen, machten fast 50 % der Flüchtlinge aus. Zugleich stellten sie aber das Gros der enttäuschten Rückwanderer: 20 % und mehr der einzeln flüchtenden Jugendlichen gehen nach meist nicht langer Zeit in die SBZ zurück, da sie sich auf Grund ihrer Vorstellungen von Staat und Gesellschaft in der freiheitlichen Atmosphäre des Westens nicht zurechtfinden und sich "herzlos" behandelt fühlen u.ä.<<

April 1959

DDR: 5 Studenten der TU Dresden werden im April 1959 durch das Bezirksgericht Dresden während eines Schauprozesses zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>... In der letzten Zeit wurden die Prozesse gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem Bezirksgericht Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstrafen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem Bezirksgericht Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37,5 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oberleutnant Smolka vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Todesstrafe) ... besonders bekannt.<<

02.05.1959

BRD: Der BdV-Mitarbeiterkongreß legt am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet wie folgt (x870/...): >>Das Recht auf Selbstbestimmung, das sich weder in der UN-Menschenrechtserklärung noch in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten findet, ist, wie im UN-Zivilpakt, herausgehoben und in einem besonderen Teil den übrigen im Pakt behandelten Rechten vorangestellt.

Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts soll den Völkern, deren nationale Gemeinschaft durch außenpolitische Ereignisse zerrissen wurde, erneut das Recht bestätigen, über ihren po-

litischen Status und damit über ihre staatliche Einheit entscheiden zu können. Um die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in den UN-Sozialpakt hat es in den Organen der Vereinten Nationen heftige Auseinandersetzungen gegeben, bei denen sich schließlich die Befürworter einer Einbeziehung mit der Überzeugung durchsetzten, daß Recht auf Selbstbestimmung als das fundamentalste Grundrecht Voraussetzung für alle anderen Rechte sei, zwar kollektiver Natur, aber von unmittelbarer Wirkung auf den einzelnen.

Nach mehreren Kompromißvorschlägen, das Selbstbestimmungsrecht in eine gesonderte Erklärung oder jedenfalls nur in die Präambel aufzunehmen, wurde schließlich der Text des Artikels 1, den eine besondere Arbeitsgruppe des Dritten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen erarbeitet hatte, mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Dabei ging man davon aus, daß Artikel 1 Absatz 1 der UN-Sozialcharta das Selbstbestimmungsrecht als universelles Recht klarstelle, und daß der Begriff der Völker so weit wie möglich auszulegen sei.

Dies ergibt sich auch aus Artikel 1 Absatz 3 der UN-Sozialcharta, der die Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Achtung und Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung festlegt und dabei auch Gebiete ohne Selbstregierung und Treuhandgebiete anführt.

Artikel 1 Absatz 2 der UN-Sozialcharta sichert die wirtschaftliche Seite des Selbstbestimmungsrechts durch das Recht auf freie Verfügung der Völker über ihre Naturschätze und Wirtschaftsquellen, das später in Artikel 25 der Sozialcharta noch einmal aufgegriffen wird.

Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

01.07.1959

BRD: Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

24.07.1959

DDR: Die SED-Regierung versichert am 24. Juli 1959, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.

24.08.1959

BRD: Die BdV-Vertretung berichtet am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71-72): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.

Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand.

... Die Aufbauleistungen der deutschen Demokratie haben die Legende zerstört, daß die Deutschen ungeeignet seien, unter den Segnungen des Friedens und der Freiheit zu leben. ...

... Das deutsche Volk wird nie mehr den Frieden gefährden, weil es den Fluch des Krieges und den Wahnsinn der Totalität bitter am eigenen Leibe verspürt hat.

Fast ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik hat das Schicksal der Deportation oder der Flucht vor dem kommunistischen Terror erfahren. Millionen unserer Mitbürger erlebten das Inferno des Luftkrieges in den deutschen Städten oder das bittere Los jahrelanger Kriegsgefangenschaft.

Niemand von uns denkt an Krieg oder Revanche. Was wir anstreben, ist die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland und ein dauernder Friede, der das Recht aller Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht.<<

13.09.1959

BRD: Das BdV-Präsidium begrüßt am 13. September 1959 die geplante Einführung des Weltflüchtlingsjahres (x155/73-75): >>In den Stürmen der West-Ost-Auseinandersetzung ist der Gedanke des Weltflüchtlingsjahres entstanden.

Was bisher ein Problem Europas und seiner Randgebiete war, ist inzwischen zu einer weltweiten Erscheinung geworden. Der Flüchtling, der Vertriebene, der heimatlose Mensch, gehetzt, zumeist die Furcht im Nacken, das Entsetzen im Gesicht, ausgeplündert, ein Strandgut der Zeit.

War Deutschland durch Jahrhunderte ein Hort der Verfolgten, so ist es heute ein Land, das für die eigenen Vertriebenen und Flüchtlinge zu werben hat. 150 Millionen in aller Welt haben sich im Zeitraum der letzten 50 Jahre in Bewegung setzen müssen, 40 Millionen sind es seit dem Ersten Weltkrieg. Über 12 Millionen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik flüchten müssen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen.

... Zeigt Ausstellungen, stellt die Wurzel der Vertreibung, den Leidensweg der Flucht und den anschließenden Existenzkampf dar! ...

Das Weltflüchtlingsjahr schaffte eine Schicksalsgemeinschaft unter den Vertriebenen und Flüchtlingen in aller Welt. Gleiches Schicksal, geboren aus gleichem Anlaß, möge keinen Unterschied in den Nationen kennen. Steht zueinander und hilft einander!

Vergeßt aber nie, wo die Wurzeln dieses Schicksals liegen. ...<<

01.10.1959

DDR: Die neue DDR-Flagge wird am 1. Oktober 1959 offiziell vorgestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flagge" der DDR (x009/130): >>Die Flagge der DDR besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26.9.1955). Seit dem 1.10.1959 trägt sie auf beiden Seiten in der Mitte das Wappen Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz.

Den ständigen Bemühungen, der DDR und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die Flagge in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind.

Dieser politische Zweck hat der neuen Flagge den treffenden Namen "Spalterflagge" eingebracht.<<

06.10.1959

DDR: Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

12.10.1959

Frankreich: Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärt am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) verkündet während einer Regierungserklärung zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/144): >>... Die Grundbedingung für eine Einigung (mit der Sowjetunion) ist die Bekräftigung des Status quo.

Darunter verstehen wir nicht nur das Berliner Statut, sondern auch das gegenwärtige Regime der deutschen Bundesrepublik, von der man nicht behaupten kann, daß sie eine Revanchepolitik begünstige.

Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie. ...<<

19.10.1959

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

09.11.1959

BRD: Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldet am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.

Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

10.11.1959

DDR: Die evangelische Ostkonferenz bezeichnet am 10. November 1959 die Kinder-, Jugend-, Ehe- und Grabweihe als gottlos.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Eheschließung" - gelegentlich auch als Eheweihe bezeichnet - (x009/105): >>Zu den pseudo-sakralen Staatsakten, durch deren Einführung die SED den Einfluß von Christentum und Kirche auf das öffentliche Leben ihres Machtbereiches zu beseitigen sucht, gehört neben der Kindesweihe und der Jugendweihe auch die Eheweihe, früher als "sozialistische Eheschließung" bezeichnet.

Die Eheweihe folgt der standesamtlichen Trauung, ist also einstweilen nicht mit dieser verbunden, obschon sie nicht mehr Sache der Partei, sondern der staatlichen Organe sein soll. Die Brautleute werden nach dem Aufgebot von staatlichen Beauftragten aufgesucht, die sie für die Eheweihe gewinnen sollen; bei dem Eheweihe-Akt, an dessen Pseudoliturgie vor allem die Massenorganisationen mitwirken sollen, legen die Brautleute ein "sozialistisches Ehegelöbnis" ab, durch das sie sich - nach dem von der SED aufgesetzten Wortlaut - verpflichten, "mit gemeinsamer Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und

Bauern zu stärken".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Begräbnis" in der SBZ (x009/58): >>Seit 1957 waren Bestrebungen erkennbar, auch das christliche Begräbnis (Grabweihe) durch einen pseudosakralen Staatsakt zu ersetzen, der als sozialistisches Begräbnis, gelegentlich auch als Grabweihe bezeichnet wurde, aber keine nennenswerte Verbreitung fand.

Zunächst hielt die SED, ähnlich wie die SS im "Dritten Reich", Grabredner bereit; später sollte es Sache der Kreise und Gemeinden sein, die pseudosakralen Staatsakte durchzuführen.<<

02.12.1959

DDR: Das SED-Regime erläßt am 2. Dezember 1959 ein "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Kindergarten" in der SBZ (x009/213): >>Einrichtung der "vorschulischen Erziehung" für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Nicht obligatorisch.

Die Kindergärten haben nach dem "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" vom 2.12.1959 die Kinder auf die Schule vorzubereiten, an das sozialistische Leben heranzuführen und mit dem Schaffen der werktätigen Menschen bekanntzumachen".

Der Kindergarten dient nicht zuletzt der Freisetzung von Frauen für den Arbeitsprozeß. Verantwortlich für die Errichtung sind die Räte der Gemeinden und Städte bzw. die VEB, für die pädagogische Arbeit das Ministerium für Volksbildung.

Die Kindergärtnerinnen werden an besonderen Pädagogischen Schulen ausgebildet. Das allgemeine pädagogische Erziehungsziel ist auch für den Kindergarten verbindlich. Die Kindergärten haben die Aufgabe, die Kinder in einer ihrer Altersstufe entsprechenden Form "im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft zwischen den Völkern" zu erziehen. Man unterscheidet kommunale Kindergärten, Betriebs- und Erntekindergärten. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kinderzeitschriften" in der SBZ (x009/214): >>Sämtliche Kinderzeitschriften der SBZ werden vom Zentralrat der FDJ herausgegeben.

Sie vermitteln ein Weltbild, das der herrschenden Ideologie entspricht, und verbreiten eine uniforme Denk- und Auffassungsweise. Druck, Papier und Aufmachung sind gut.

Die "ABC-Zeitung" richtet sich an die "Jungen Pioniere" und Schüler der 1.-4. Klasse. Die "Rakete" ist für 13- bis 16jährige bestimmt. "Der Pionierleiter" erscheint als Zentralorgan der Pionierorganisation "Ernst Thälmann". "Fröhlichsein und Singen" ist die Zeitschrift für kulturelle Arbeit der "Jungen Pioniere" und Schüler. "Arte" und "Bummi" sind bunte Bilderzeitschriften für Kinder. Erscheinungsweise der genannten Kinderzeitschriften ist monatlich. Die "Trommel", eine illustrierte Kinderzeitschrift, erscheint wöchentlich.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schule" in der SBZ (x009/383-385): >>Das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (1946) bildete bis 1959 die gesetzliche Grundlage der Organisation des Schulwesens (Einheitsschule). An seine Stelle ist das "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens ..." (1959) getreten.

Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist nach diesem Gesetz nicht mehr die 8stufige Grundschule, sondern die "10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule". ... Die Oberschule, die eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (5 bis 10) umfaßt, hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, die Grundlage für die berufliche Ausbildung und alle weiterführenden Bildungseinrichtungen zu schaffen. "Der Weg von der Oberschule über die Berufsbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses."

Es gibt folgende Wege zur Hochschule:

1. Nach dem Besuch der 10klassigen polytechnischen Oberschule eine 3jährige Berufsausbildung mit gleichzeitiger Vorbereitung auf die Reifeprüfung in Abiturklassen der Berufsschulen.

2. 10 Jahre Oberschule, 2 Jahre Berufsausbildung, danach Fachschulstudium. Das bestandene Examen berechtigt in der Regel zum Hochschulstudium in der entsprechenden Fachrichtung.

...

6. Besuch der Arbeiter- und Bauernfakultät.

7. Außerdem gibt es weiterhin die 12klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die kurz als erweiterte Oberschule bezeichnet wird.

Falls die Absolventen der erweiterten Oberschule nicht während ihrer Schulzeit einen praktischen Beruf erlernt haben, haben sie vor der Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr unter Anleitung der Hochschule oder Universität zu absolvieren.

Die Verlängerung der Vollschulpflicht und angebliche Erhöhung des Niveaus der Bildung wird vor allem durch den Hinweis auf die Fortschritte der Technik, die für den Sozialismus notwendige hohe Arbeitsproduktivität und die Anforderungen der werdenden sozialistischen Gesellschaft begründet.

"Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation" (§ 3 des Schulgesetzes).

Die "Liebe zu den arbeitenden Menschen" umfaßt nach den offiziellen Verlautbarungen auch die Liebe zur Partei der Arbeiterklasse, d.h. zur SED. Es fehlen auch nicht die propagandistischen Hinweise auf "Frieden", "Völkerfreundschaft" - "insbesondere" auf die Freundschaft zur Sowjetunion.

Das neue Schulgesetz distanziert sich von der Lernschule der Stalinzeit ...

Gleichwohl hält die SBZ ausdrücklich - wie bisher - an der "Systematik" des Unterrichts, d.h. an der Reglementierung des systematischen Aufbaus der einzelnen Lehrgänge durch "staatliche Lehrpläne" und an dem Postulat der "Wissenschaftlichkeit", d.h. an der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus fest.

Sie versucht auch nach wie vor, das Schulleben in Übereinstimmung mit dem für den Kommunismus charakteristischen Mechanismus zentralgesteuerter gesellschaftlicher Änderungen zu gestalten. So wird die Arbeit der Schule durch ein System von Plänen gesteuert, deren Grundlage der detaillierte Lehrplan ist, der den Rang einer staatlichen Verordnung hat.

Die Schulen haben folgende Pläne zu erstellen: Jahresarbeitsplan der Schule, Pläne der Klassenleiter; Stoffverteilungspläne der Lehrer; Pläne der Leiter und Erzieher der Schulhorte und Internate. Dazu kommen Pläne der zahlreichen sonstigen Gruppen, die mit der Schule verbunden sind: des Elternbeirats, der SED-Schulorganisationen, der Lehrgewerkschaft und anderer.

... Mit der 5. Klasse beginnt der Unterricht in den Fächern Russisch, Geschichte, Erdkunde, Biologie. ... Das für die Vermittlung der kommunistischen Ideologie wichtigste Fach ist die Geschichte, wenn auch jedes Schulfach verpflichtet ist, einen Beitrag zur weltanschaulich-politischen Erziehung zu leisten. ...

... Der Schulhort hat "den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen". Ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Motiv der Schaffung von Tagesheimschulen ist in der verstärkten Rekrutierung von Frauen für die berufliche Tätigkeit gegeben. ...

Die staatliche Schulaufsicht wird von der Abteilung für Volksbildung bei dem Rat des Kreises und dem des Bezirks und dem Ministerium für Volksbildung verkörpert. ... Zu den pädagogischen

schen Kräften gehört auch der hauptamtliche Pionierleiter. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hochschulen" in der SBZ (x009/181-183): >>... 1. Im Gesetz über den Siebenjahrplan (1959-1965) wird den Universitäten und Hochschulen die Aufgabe gestellt, wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute auszubilden, die den neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnis beherrschen, über die Fähigkeit verfügen, ihre Kenntnisse in die Praxis des sozialistischen Aufbaues einzusetzen, erfolgreich im sozialistischen Kollektiv zu arbeiten und eine leitende Tätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur auszuüben. Diese Zielsetzung umfaßt auch eine politische Erziehung der Studenten.

An die Stelle des traditionellen Postulats der Einheit von Forschung und Lehre ist die Forderung der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung getreten. Sie zielt auf eine "sozialistische Erziehung" der jungen Intelligenz und mit ihr auf eine Synthese von ergebnem Parteigänger und wissenschaftlich qualifiziertem Fachmann.

2. Der Marxismus-Leninismus besitzt die Monopolstellung. Seit 1950/51 sind die Studierenden verpflichtet, ein Studium der Parteiideologie im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums zu absolvieren. ...

3. Die Gestaltung des Studiums folgt dem Prinzip der Parteilichkeit des Denkens und dem der Einheit von Theorie und "sozialistischer" Praxis. ... Die Hochschulen - vor allem technische Fachrichtungen, Chemie und Wirtschaftswissenschaften - sind dazu übergegangen, Kontakte mit verschiedenen Gebieten der "sozialistischen Praxis" aufzunehmen. ...

4. Die Organisation des Studiums und des studentischen Lebens zielt auf eine Erziehung für und durch das Kollektiv. ... Grundmotto dieser Gemeinschaften zur Erzielung der Konformität (Übereinstimmung): "Arbeite, lerne, lebe sozialistisch."

5. Bei der Auslese der Studenten sind bisher Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt worden. Daneben werden neuerdings "vorrangig" zugelassen: Bewerber, die mehrere Jahre in der "sozialistischen Wirtschaft" oder in staatlichen "gesellschaftlichen" Einrichtungen gearbeitet haben und von ihren Betrieben zum Studium delegiert werden, sowie Bewerber, die als ehemalige Soldaten von den Einheiten der "bewaffneten Organe" empfohlen werden.

In der "Anweisung über die Auswahl, Zulassung und Vormerkung der Studienbewerber zum Direktstudium" vom 10.3.1960 ist das Ziel gesetzt worden, den Anteil der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, werktätigen Bauern sowie ihrer Kinder bei durchschnittlich 60 % zu halten. Neben den Inhabern der "Hochschulreife" werden junge Produktionsarbeiter nach Absolvierung von halb- bzw. einjährigen Vor- oder Sonderkursen zum Studium in bestimmten Fachrichtungen zugelassen.

6. Die Auswahl der Dozenten wird durch das Staatssekretariat gelenkt. Ziel ist die Schaffung eines parteiergebenen Lehrkörpers, in dem die überzeugten Marxisten - Leninisten dominieren.

7. Das organisatorische Gefüge der Hochschulen ist weitgehend dem des sowjetischen Hochschulwesens angeglichen worden. ...

8. Die Hochschulen werden von den Universitätsparteileitungen der SED und den von ihnen "angeleiteten" FDJ-Hochschulgruppen kontrolliert. Sie besitzen auch die dominierende Stellung bei der Organisation des studentischen Lebens an den Hochschulen. ...

10. ... Die Masse der Studenten ist im Interesse der besseren Überwachung in kleine Seminargruppen aufgeteilt worden (20 bis 30 Mitglieder). Das Ergebnis ist ein schulmäßiger Betrieb, der zwar ein regelmäßiges Lernen garantiert, aber das geforderte "Selbststudium" hemmt. ...

11. Die Studierenden haben während des Studiums eine vormilitärische und militärische Ausbildung zu absolvieren.

... Der Anteil der Kinder von Arbeitern an der Zahl der Direktstudenten betrug 1960 50,3 %, der Kinder von werktätigen Bauern 4,2 %, von Angestellten 19,2 %, der Intelligenz 15,6 %.

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kollektiverziehung" in der SBZ (x009/220): >>Erziehung im Kollektiv - durch das Kollektiv.

Bewußter Einbau von Jugendgruppen in das Erziehungswesen. Dies zielt auf die Entwicklung jener Überzeugungen, Fähigkeiten und Gewohnheiten, die für die Integration einer kommunistisch-totalitären Gesellschaft unabdingbar sind.

Beispiele: Die Bereitschaft, die persönlichen Ziele denen des großen Kollektivs unterzuordnen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, als Mitglied des Kollektivs aufzutreten und bewußte Disziplin zu üben.<<

Dezember 1959

DDR: Im Dezember werden 333 neue LPG gegründet. Das Endstadium der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft beginnt.

1959

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetischen Atomraketen in der DDR werden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.

Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

DDR: Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Ost-Berlin: Ein kolumbianischer Reporter berichtet im Jahre 1959 über die damaligen Zustände in Ostberlin (x303/149): >>... Die Läden sind schäbig mit geschmacklosen Artikeln von mittelmäßiger Qualität. Es gibt ganze Straßen mit zerbombten Gebäuden. ... Die Menschen leben (darin) zusammengedrängt in den unteren Stockwerken, ohne sanitäre Anlagen und ohne Wasser. ...

Nachts leuchtet anstelle der Leuchtreklamen (Westberlin) auf der Ostseite der rote Stern. ...

Das Verdienst dieser dunklen Stadt ist, daß sie der wirtschaftlichen Realität des Landes entspricht.<<

BRD: Friedrich Edding (1909-2002) und Eugen Lemberg (1903-1976) berichten im Jahre 1959 in ihrem Buch "Die Vertriebenen in Westdeutschland" über die Eingliederung der deutschen Vertriebenen (x024/205): >>Das deutsche Volk wurde durch den Zusammenbruch des deutschen Ostens und durch das Einströmen der Vertriebenen vor eine Entscheidung gestellt. Es war vielleicht die schwerste, jedenfalls eine auf Jahrhunderte hinaus bestimmende Wendestunde seiner Geschichte. Die Wahl seines künftigen Weges hatte es nicht nur für sich selbst, sondern für das übrige Europa und die Welt zu treffen, deren Entwicklung und Schicksal davon nicht unbeeinflusst bleiben konnte. ...<<

1960

Die Freiheit ist ein Gut, das alle anderen Güter zu genießen erlaubt.

Charles-Louis de Montesquieu (1689-1755, französischer Philosoph und Politiker)

01.01.1960

DDR: Von den rd. 11.700 mitteldeutschen Ärzten besitzen Anfang 1960 nur noch etwa 3.200

Ärzte ihre eigene Praxis. Ungefähr 50 % dieser Ärzte sind bereits über 65 Jahre alt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ärzte" in der SBZ (x009/39-40): >>Die Niederlassung von Ärzten in freier Praxis wurde 1949 auf seltene Ausnahmefälle beschränkt.

Man versuchte den Ärzten die haupt- oder "nebenberufliche" Tätigkeit in den Polikliniken und Ambulatorien durch Privilegien schmackhaft zu machen. ... Die Einschränkung der beruflichen Unabhängigkeit, Schwierigkeiten in der Erziehung der eigenen Kinder zwangen viele Ärzte trotz der guten Einnahmen zur Abwanderung ...

Ein großer Teil der jungen Ärzte wurde in die militärischen Einrichtungen gezogen. Rund ein Viertel der Ärzte ist ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben befaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arzthelfer" in der SBZ (x009/40): >>Zunehmender Mangel an Ärzten gab 1951 Gelegenheit, zu ihrer Entlastung nach dem sowjetischen Muster ("Feldscher") Arzthelfer mit Fachschulbildung des mittleren medizinischen Personals einzuführen.

Zunächst wurden sie aus Krankenpflegepersonal ausgewählt und in einjährigen Lehrgängen zusätzlich ausgebildet. Sie sollen in Polikliniken und im Betriebsgesundheitswesen und vor allem in ländlichen Gebieten Untersuchungen für Vorbeugung und in Krankheitsfällen vornehmen und die von Ärzten eingeleitete Behandlung weiterführen, dürfen seit 1957 auch Arbeitsbefreiungen aussprechen.

Die Entwicklung ist auf starken Widerstand bei den Ärzten gestoßen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Gesundheitswesen" in der SBZ (x009/157-160): >>Im Gesundheitswesen sind von 1945 bis 1954 die Entwicklungsphasen des Gesundheitswesens der Sowjetunion wiederholt worden: nach der Bekämpfung von Seuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurde 1947 den Land- und Stadtkreisen und der Industrie die Errichtung von Polikliniken und Ambulatorien aufgegeben. ... Dem leitenden Arzt jedes Krankenhauses wurden die jeweils kleineren Krankenhäuser des Bereiches und die Poliklinik weisungsgebunden unterstellt, dieser ebenso die Ambulatorien und deren (damalige) "Außenstellen".

Diese einheitliche Gliederung sollte ermöglichen, alle Behandlungen von Bezirkskrankenhäusern und -Polikliniken aus zu steuern. So sollten die Schwierigkeiten der fachlichen Koordination der ärztlichen Behandlung und der Weiterleitung der "schwierigen Fälle" an die qualifizierte Stelle mit den Mitteln des Kommandostaates gelöst werden.

Der starke Abgang von Ärzten und der Widerstand der bleibenden Ärzte zwang 1959 dazu, von einer weiteren Nachahmung der Sowjetunion abzusehen. Das Regime mußte sich vielmehr bereit finden, den straffen Zentralismus zugunsten größerer individueller Entscheidungsfreiheit, zugleich auch das Übermaß an Spezialisierung preiszugeben und den einzelnen arbeitenden Praktischen Arzt bestehen zu lassen. ...

Das jahrelang propagierte Prinzip, die ambulante und stationäre Behandlung jedes Kranken in die Hand jeweils nur eines Arztes zusammenzufassen, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Die Ärzte des Versorgungsbereiches sind weiterhin (mit Ausnahme einzelner Fachgebiete) entweder im "stationären" oder im "ambulanten Sektor" tätig.

Zusammengefaßt sind nur noch "Anleitung und Kontrolle" mit dem Zweck, eine rationelle und einheitliche Behandlung und Überwachung innerhalb der staatlichen Betriebseinrichtungen zu erreichen und Mehrfachaufwand für Diagnostik zu vermeiden.

... Das alles entspricht, mit geringen Abweichungen, dem Gesundheitswesen der Sowjetunion: im Plan ein umfassendes und rationell erscheinendes System von Krankheitsverhütung und Krankheitsbehandlung, das auf die Entwicklung und Erhaltung gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitskraft ausgerichtet ist.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer neue Änderungen im Programm widerlegen die Be-

hauptung, daß es sich um eine klare Konzeption handle, die sich mit angemessenem Aufwand realisieren ließe. Sie beweisen das Unvermögen des Regimes, einfache und in der Praxis wirksame und beständige Grundformen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und dabei Raum für die Entfaltung persönlicher Initiative der Mitarbeiter zur Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten lassen.

Wie in allen Zweigen des sowjetischen Systems führen auch im Gesundheitswesen wirklichkeitsfern nach Doktrinen konstruierte Einrichtungen zu einem Übermaß von Verwaltung und "Kontrolle". Kräfte und Mittel werden dadurch der effektiven Arbeit entzogen. ...

Die medizinische Ausbildung ist nach dem Muster des sowjetischen Ausbildungssystems umgestaltet und stark politisiert worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Dispensaire" in der SBZ (x009/100): >>... Die sowjetische Bezeichnung für medizinische "Beratungs- und Behandlungsstellen", die auf umgrenzten Gebieten Früherfassung und Aufklärung mit Diagnostik und Behandlung zusammenfassen, die Kranken mittels Meldepflicht erfassen, ihre Behandlung überwachen ("Fürsorge") und die weitere gesundheitliche Entwicklung verfolgen. Sie erstrecken ihre Tätigkeit entweder auf bestimmte Krankheiten oder auf solche Bevölkerungsgruppen (nach Arbeitsplatz oder Lebensalter), in denen bestimmte Krankheiten häufig auftreten.

Nach dem "Dispensaire-Prinzip" sollen das gesamte Betriebsgesundheitswesen und jede Poliklinik arbeiten. Besondere Dispensaire bestehen für Mütter und Kinder, für Tbc, Geschwulstleiden (mit gesetzlicher Meldepflicht schon jedes Verdachtsfalls!), Krankheiten von Herz und Kreislauf, Leiden der Atmungsorgane, Diabetes usw., sowie als sportärztliche, psychiatrische u.a. Beratungsstellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Betriebsgesundheitswesen" in der SBZ (x009/68): >>Befehl Nr. 234 der SMAD gab 1947 den Betrieben die Einrichtung medizinischer Behandlungsstellen auf, die nach sowjetischem Muster Teil des Systems der nach Versorgungsbereichen gegliederten ambulanten ärztlichen Versorgung geworden sind.

Größe und Ausstattung sind gestaffelt nach der Belegschaftszahl ...

Das Personal gehört dem staatlichen Gesundheitsdienst an; die Führung geht aber mehr und mehr an die Betriebsleitungen über. Im Vordergrund steht jetzt die Bemühung um die Entwicklung eines Betriebsgesundheitswesens auf dem Lande, d.h. bei den LPG.

Aufgaben: ambulante Behandlung (auch betriebsfremder Personen) und Kontrolle der Arbeitsbefreiung, "Erste Hilfe" bei Unfällen, Überwachung nach dem Dispensaire-Prinzip, Führung von Nachsanatorien und (neuerdings) Krankenhäusern, schließlich Arbeits- und Betriebshygiene, Unfallverhütung und Überwachung der Werkküchen.

Der Versuch, die Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens jeden Wirtschaftszweiges in jedem Kreis unter Leitung einer Betriebspoliklinik zusammenzufassen war allenfalls in einzelnen hoch industrialisierten Distrikten realisierbar. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ambulatorium" in der SBZ (x009/21-22): >>Im System der ambulanten Versorgung bildet das Ambulatorium die mittlere Einheit, als Betriebs-Ambulatorium wie als Stadt-Ambulatorium und Land-Ambulatorium.

Diese sollen für je 10.000 Einwohner Zentren der ärztlichen Versorgung sein mit Gemeinschaftsarbeit von je etwa 4 Praktischen Ärzten und Zahnärzten, daneben Kinderärzten und den Fachärzten der übergeordneten Poliklinik.

Ihre "Versorgungsbereiche" werden je nach Wohndichte durch staatliche Praxen und Zahnarztpraxen in "Arztbereiche" untergliedert. Gemeindeschwestern und Hebammen werden ihnen zugeordnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Poliklinik" in der SBZ (x009/330): >>Errichtung durch SMAD-Befehl Nr. 242/1947 den Kommunalbehörden aufgegeben, im jetzigen System des Gesundheitswesens nach sowjetischem Muster die leitende Einrichtung je eines regional abgegrenzten ärztlichen "Versorgungsbereiches".

Jede Poliklinik soll mindestens 5 fachärztliche Behandlungsabteilungen, zahnärztliche Abteilung, physikalisch-therapeutische Anlagen und Apotheke umfassen und organisatorisch mit einem Krankenhaus verbunden sein, dessen Leiter sie untersteht.

Sie soll nach dem Prinzip des Dispensaire (vorbeugende medizinische Betreuung) arbeiten. Je eine Poliklinik soll für 50.000 Einwohner zuständig sein; nachgeordnet und fachärztlich von ihr versorgt das Ambulatorium und die staatliche Praxis. ... Die Ausstattung ist z.T. auch nach westlichen Maßstäben befriedigend, z.T. sehr primitiv.

Nach 1958 entfielen auf Polikliniken und Ambulatorien weniger als 40 % aller ärztlichen Behandlungsfälle.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Krankenhausordnung" in der SBZ (x009/233): >>Die im November 1954 erlassene "Rahmen-Krankenhausordnung" enthielt die erste Formulierung eines neuen Programmes der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung.

"Das Krankenhaus ist das medizinische Zentrum seines Versorgungsbereiches und leitet fachlich die medizinische Arbeit innerhalb seines Bereiches an", indem bei ihm "die stationäre und die poliklinische Betreuung der Bevölkerung mit den Maßnahmen der gesundheitlichen Vorbeugung und Nachsorge verbunden" werden.

... Jedes Krankenhaus hat festumrissene Aufgaben zu erfüllen und sich entsprechend zu "profilieren". Dem ärztlichen Direktor jeder Anstalt sind die Poliklinik und alle ihr nach- oder zugeordneten Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Versorgung des "Versorgungsbereiches" unterstellt. Verantwortlich ist er dabei auch für die Verwaltung; der Verwaltungsleiter "steht ihm beratend zur Seite". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatliche Praxis" in der SBZ (x009/415): >>... 1956 probeweise in einzelnen Kreisen "freiwillig", 1958 allgemein eingeführt. Auf diesem Wege ist die Ablösung der freiberuflichen Tätigkeit beabsichtigt; in fest abgegrenztem "Versorgungsbereich" soll 1 Arzt für je 2.500 bis 3.500, 1 Zahnarzt für 2.300 Einwohner tätig sein, und zwar in fester Anstellung, möglichst beide im gleichen Hause, zusammen mit der Gemeindeschwester.

Sie unterliegen der Aufsicht und Weisung des zuständigen Ambulatoriums und sollen wie dieses auch vorbeugend und beratend sich betätigen.<<

04.01.1960

Schweden: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz gründen am 4. Januar 1960 in Stockholm die EFTA (Europäische Freihandelszone). Der EFTA-Gründungsvertrag tritt am 3.5.1960 in Kraft.